



Aus der Gemeinderatssitzung vom 14. September 2026

Pensenerhöhung des IT-Supports der Primarschule

Der technische (TICTS) und der pädagogische (PICTS) IT-Support der Primarschule wurde in der Planung für das laufende Schuljahr in Bezug auf die Ressourcierung bewusst knapp gehalten. Ein Teil der Aufgaben sollte extern abgearbeitet werden.

Die Schule hat nun Antrag gestellt, das Pensum für den IT-Support von 12 auf 14 Stunden zu erhöhen und gleichzeitig die Leistungen wieder intern zu erbringen. Die Schule verspricht sich davon leichte Kosteneinsparungen und gleichzeitig eine Stärkung des internen Supports.

Die Erhöhung soll befristet erfolgen (01.01.2027 - 31.07.2027). Die Kosten hierfür betragen ca. CHF 3'600. Demgegenüber stehen Einsparungen von CHF 6'000 bis CHF 7'000.

Der Gemeinderat ist dem Antrag gefolgt und hat die entsprechende Erhöhung ab 01.01.2027 bis 31.07.2027 genehmigt.

Delegiertenversammlung der Kreisschule Untergäu (KSU)

Der Gemeinderat hat sich mit den wesentlichen Geschäften der Delegiertenversammlung der KSU befasst. Dies um die insgesamt fünf Delegierten der Gemeinde zu mandatisieren.

- **Budget**

Das Budget der KSU basiert auf dem Budget 2026.

Der Vorstand der Kreisschule hat das sorgfältig erarbeitete Budget geprüft und einstimmig verabschiedet.

Bei einem Aufwandüberschuss von CHF 5.565 Mio. sind die Kosten CHF 113'000 höher als zuletzt. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass im Schuljahr 2026/2027 eine Klasse mehr geführt wird als zuvor. Gestiegen ist zudem der Aufwand für Schulgelder an andere Gemeinden (Talentklassen etc.) und eine Stellenwiederbesetzung der Schulsozialarbeit.

Rund die Hälfte der Mehraufwendungen konnte durch Optimierungen kompensiert werden, wodurch das beschriebene Resultat erzielt wurde.

Der Gemeinderat Hägendorf hat seine Delegierten beauftragt, dem Budget zuzustimmen

- **Statuten KSU**

Auf Input des Volksschulamtes hat die Kreisschule ihre Statuten angepasst. Dabei ging es primär um die Vertretung von Delegierten, wenn die ordentlichen Gemeindevertreter einer Sitzung fernbleiben müssen.

Zudem sehen die Statuten neu eine Personalkommission, die gewisse operative personelle Entscheide schneller als der Vorstand fällen kann, vor.

Eine eigens gebildete ICT-Kommission soll sich mit den IT-Themen befassen. Sie ist primär vorberatend tätig und soll den Vorstand der Kreisschule und allenfalls die Delegiertenversammlung, durch ihre Expertise unterstützen.

Auch hier hat der Gemeinderat entschieden, dass seine Delegierten den Statuten zustimmen sollen.

Lärmsanierung Bachstrasse, Kirchrain und Allerheiligenbergstrasse

Aufgrund von Einsprachen (primär VCS) und geänderten Vorgehensweisen (Messungen) wurde das Lärmsanierungsprojekt des Kantons überarbeitet. Kernthema ist die Sanierung der Kantonsstrasse vom Allerheiligenberg herkommend, an der Schule vorbei bis zu Kreisverkehr an der Hauptstrasse.

Bisher war angedacht, dass talwärts kommend etwas oberhalb der Einfahrt Vogelberg ein Abschnitt Tempo 30 beginnt, der unterhalb des Restaurants Homberg wieder endet. Dies um die Sicherheit im Schulbereich zu gewährleisten.

Aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids muss die Situation neu geprüft werden.

Neu möchte der Kanton die Tempo 30-Zone bis an die Kantonsstrasse im Zentrum (beim ehemaligen Restaurant Rössli) weiterführen. Dies aus Lärmschutzgründen.

Da es sich um eine Kantonsstrasse handelt, liegt die Planungshoheit nicht bei der Gemeinde, die Gemeinde soll sich jedoch dazu äussern.

Aus Sicht des Gemeinderats ist die Temporeduktion weder aus Gründen des Lärmschutzes noch der Verkehrssicherheit ausreichend begründet. Zudem ist es wenig verständlich, dass eine gut ausgebaute Strasse das restriktivere Temporegime hätte, als die teilweise engen Quartiere.

Die Situation auf der Kantonsstrasse wäre allenfalls neu zu beurteilen, wenn sich das Verkehrsregime im Gemeindegebiet ändern würde.

Die Gemeinde gibt dem Kanton eine entsprechende Rückmeldung zum Projekt.

Mietzins RFU (Regionalfeuerwehr Untergäu)

An der Ecke Gäustrasse/Industriestrasse West befindet sich ein gemeindeeigenes Gebäude, welches an die Regionalfeuerwehr Untergäu vermietet ist. Der entsprechende Mietvertrag stammt aus dem Jahr 1998. Die Miete wurde seit damals nicht angepasst. Nun hat die Finanzkommission dem Gemeinderat empfohlen, eine Anpassung des Mietzinses in der Höhe der Teuerung vorzusehen. Dies entspricht einer Erhöhung um CHF 6'000 von CHF 30'000 auf 36'000 pro Jahr.

Der Gemeinderat hat das Geschäft beraten und ist zum Schluss gekommen, der Empfehlung der Finanzkommission zu folgen.

Benchmark der Gemeinden

Analog der Sozialregion gibt es auch einen Benchmark für die Gemeinden. Hier machen aber längst nicht alle Gemeinden mit. Hägendorf hat sich zur Teilnahme entschieden, um einen Vergleich mit anderen Gemeinden anstellen zu können.

Der Bericht der Firma pubicXdata untersuchte 25 Leistungsfelder und attestiert unserer Gemeinde, dass mit den verfügbaren Mitteln verantwortungsvoll umgegangen wird.

Trotzdem gibt es im Vergleich zu andern Gemeinden Bereiche, die genauer anzuschauen sind.

Dazu gehören z.B. die Informatik, Freizeit, Friedhof, Sport, Verwaltungsliegenschaften und weitere Themen, welche die Gemeinde aber wenig bzw. nur bedingt beeinflussen kann (z.B. Altersheim, Ergänzungsleistungen, mehrere Schulthemen). Es gibt Elemente, bei denen die Gemeinde, teilweise im Verbund mit anderen Gemeinden, bereits aktiv ist. Auffallend ist, dass Hägendorf im Bereich der Verwaltungsliegenschaften überdurchschnittlich teuer ist. Der Rat und die Verwaltung sind gefordert nach Lösungen zu suchen. Es kann berichtet werden, dass die Gemeinde bereits vor Erscheinen des Benchmarks die Arbeiten zur Optimierung aufgenommen hat. Allerdings sind kurzfristige Lösungen oft sehr schwierig zu realisieren.

Der Verwaltungsleiter hat mögliche Massnahmen aufgezeigt und intern bereits Aufträge erteilt.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Das IKS dient der Qualitätssicherung. Auf Basis von Risikoeinschätzungen werden die Prozesse der Gemeinde analysiert und bei Bedarf verbessert.

Der Verwaltungsleiter hat, entsprechend der Vorgaben, dem Rat Bericht erstattet.

Grundsätzlich zeigen die internen Audits auf, dass die Verwaltung etablierte Prozesse hat. Handlungsbedarf besteht indessen in der Dokumentation von Prozessen und Kontrollen. Eine Massnahme aus den Audits ist z.B. die Überarbeitung des Gebührenreglements, welche zurzeit in Arbeit ist.

Informationen aus dem Koordinationsgremium Asyl (08.09.2026)

- Asylgesuche Juli 2026: 1896 (Juli: 1915; Juli 2025: 2481)
Status S Juli 2026: 966 (Juli: 893, Juli 2025: 1262)
Eine saisonale Zunahme ist in den nächsten Monaten zu erwarten.
- Die Sozialregion Untergäu hat Ihr Aufnahmesoll für 2026 erfüllt.
Einzelne Aufnahmen im Sinne eines Abbaus von Rückständen aus Vorjahren und zur Auslastung der bestehenden Wohnungen finden weiter statt.
- In den Kantonalen Zentren waren im Juli 460 von 660 Plätzen belegt. Das Zentrum auf den Allerheiligenberg hatte Ende August knapp unter 150 Bewohnende (von 200 Plätzen). Die Auslastung beträgt 75%.
- Schutzstatus S
Der Status S wurde bis mind. März 2028 verlängert. Grund dafür ist das aktuelle Geschehen in der Ukraine.
- Einschränkungen Status S
 - Kein S-Status mehr für Neuantragstellende, die sich der Wehrpflicht in der Ukraine entziehen (Anpassung an EU-Praxis).
 - Schutzsuchende erhalten 5 Jahre nach Aufenthalt Anspruch auf eine an den S-Status gekoppelte B-Bewilligung (erlischt bei Aufhebung des Schutzstatus S).
- Entlastungspaket Bund 2027: Der Bund kürzt ab 1. Januar 2027 die Subventionsdauer im Asylbereich von 7 auf 5 Jahre (inkl. Status S). Der Kanton rechnet für das Jahr 2027 für die Gemeinden mit Mehrbelastungen von rund 2 Mio. CHF (ohne Status S). Die Kosten fallen in den Lastenausgleich Sozialhilfe (Gemeinden zahlen die Bundesentlastung).
- Die Asylpauschale wird per 2027 von CHF 1'500 auf CHF 2'700 erhöht. Damit ist eine wichtige Forderung der Sozialregion Untergäu und der Konferenz der Sozialpräsidenten erfüllt worden.
- Eine Anpassung der Asylverordnung hat zur Folge, dass die Kantone bei der Unterstützung Status S flexibler sind bezüglich der Frage, ob Schutzsuchende mit Status S nach fünf Jahren die gleiche Unterstützung erhalten wie andere anerkannte Flüchtlinge.

Sommerfest der Gemeinde

Die Gemeinde hat dieses Jahr erstmalig anstelle von verschiedenen Kommissionsessen etc. ein Sommerfest durchgeführt. Damit sollte wie gehabt, ein Zeichen der Wertschätzung gesetzt werden. Mit der Umstellung sollte ebenfalls der Austausch/das Netzwerk unter den verschiedenen Gemeindeangehörigen gestärkt werden. Aus Sicht der Organisatoren und der meisten Teilnehmenden war der Anlass ein voller Erfolg. Nun liegt die Abrechnung vor die aufzeigt, dass zudem die Kosten gesenkt werden konnten. Der entsprechende Betrag ist zwar mit rund CHF 1'500 (> 25%) relativ klein, trägt aber zu den Sparbemühungen der Gemeinde bei, ohne das nennenswerte Nachteile entstanden.

Der Anlass soll im nächsten Jahr wieder durchgeführt werden.

Budget 2027

Nach der ersten Sammlung der Informationen steht das Budget 2027 der Einwohnergemeinde bei einer schwarzen Null. Das Budget geht nun in die Finanzkommission, wird im November dem Rat und im Dezember an der Gemeindeversammlung dem Souverän zum Beschluss vorgelegt.